

Soziologie an der Humboldt-Universität zwischen 1945 und 1991 (Arbeitstitel)

Hellmut Wollmann

vorgesehen für:

Rüdiger vom Bruch/Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.)

1810-2010 Geschichte der Universität zu Berlin.

200 Jahre Universität Unter den Linden ,

..Berlin: Akademie-Verlag) 2010, Band VI

(in Vorbereitung)

7.4.09

0. Einleitung¹

Davon ausgehend, dass in der DDR als einem kommunistischen Ein-Parteien-Herrschaftssystem die Entwicklung der Soziologie wie der gesamten Wissenschaft maßgeblich von den politischen Macht- und den in diesen etablierten Wissenschaftsstrukturen geprägt war, sollen zunächst ein- gangs – kaum mehr als stichwortartig - die Grundlinien des Macht- und Wissenschaftssystems der DDR in Erinnerung gerufen werden.

1. Rahmenbedingungen

1.1. Politische Rahmenbedingungen

Nach 1945 vollzog sich die Transformation der Sowjetischen Besatzungszone in ein dem Staats- und Parteienmodells der Stalin'schen Sowjetunion entsprechendes kommunistisches Ein- Parteien-Herrschafts-System in raschen Schritten. Im April 1946 wurden KPD und (Ost-)SPD zur Sozialistischen Einheitspartei (SED) zwangsvereinigt. Die von Stalin am 24.6.1948 verhängte Blockade der Zufahrtswege nach West-Berlin zielte, eine Verschärfung des sich abzeichnenden „Kalten Kriegs“ markierend, darauf, die Westmächte aus der Viersektoren-Stadt Berlin zu verdrängen (was misslang). Ende 1948/Anfang 1949 erklärte sich die SED zur „Partei neuen Typus“, also zur Kaderpartei Lenin-Stalin'scher Prägung, was jeglichen „bürgerlicher“ Partei- enpluralismus ausschloss. Mit der Gründung der DDR am 7.10.1949 fand diese Entwicklung ihren ersten staatsorganisatorischen Abschluss.

1.2. Wissenschaftsstrukturelle Rahmenbedingungen

Der Auf- und Ausbau des Wissenschaftssystems der DDR kreise um die Triade von Universitä- ten/Hochschulen, (staatlicher) Akademie und („SED-eigenen“) wissenschaftlichen Einrichtun- gen.

1.2..1. Universitäten/Hochschulen

¹ In der Vorbereitung dieses Textes konnte ich – in einem Ansatz von „oral history“ – mit einer Reihe von Kol- legen und Kolleginnen Gespräche führen, die die Entwicklung der Soziologie in der DDR und an der Humboldt- Universität auch eigenem Erleben und aufgrund eigener Mitwirkung und Mitgestaltung kennen. Meine Ge- sprächspartner waren (in alphabetischer Reihenfolge) die Professoren/innen *Karin Lohr, Dieter Klein, Artur Meier, Hansgünter Meyer, Hildegard Maria Nickel, Dieter Segert und Helmut Steiner*... Ich bin ihnen allen für ihre großzügige Gesprächs- und Hilfsbereitschaft sehr verpflichtet. Auch *Friedhelm Neidhardt* habe ich für Hinweise, Kritik und Rat sehr zu danken. Für verbleibende Schwächen des Textes und Irrtümer bin selbstredend allein ich verantwortlich. Ich möchte diesen Beitrag *Helmut Steiner*, den ich kurz vor seinem Tod sprechen konnte, in herzlichem Gedenken widmen.

Die Sowjetische Besatzungsmacht schritt bereits kurz nach Kriegsende dazu, die Universitäten, insbesondere in Berlin, Leipzig und Halle, neu zu eröffnen. Bereits am 4. September 1945 erließ die *Sowjetische Militäradministration* (SMAD) den Befehl Nr. 50 „Über die Vorbereitungen der Hochschulen auf den Beginn des Unterrichts“²

Die kommunistische Umformung des Hochschulwesens der DDR (in Übereinstimmung mit dem „stalinistischen“ Modell der Sowjetunion) wurde organisatorisch und ideologisch durch die *II. Hochschulreform* (*Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens* v. 22.2.1951) eingeleitet und vorangetrieben, in der für alle Hochschulen verbindliche einheitliche Organisationsstruktur und Studienplanung und hierfür insbesondere vorgeschrieben wurde, dass an allen Universitäten der DDR in den Lehrplänen der Philosophischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten sowie aller anderen Fakultäten ein zweisemestriges Grundstudium des Marxismus-Leninismus (ML) vorzusehen sei.

Das gesamte Wissenschaftssystem wurde auf den Marxismus-Leninismus (ML) als theoretisch-ideologische und „parteiliche“ Leitlinie verpflichtet. Unter dem Schlagwort „Kampf gegen Objektivismus in der wissenschaftlichen Arbeit“ wurde die ideologische Auseinandersetzung mit der „bürgerlichen Soziologie“ verschärft. Die „marxistisch-leninistischen (ML) Gesellschaftswissenschaften“, deren Grundlage in dem in der Sowjetunion in den 1930er Jahren unter der Ägide Stalins dogmatisierten Marxismus-Leninismus gesehen wurde, war darauf gerichtet, die überkommene Soziologie als „bürgerliche Wissenschaft“ aus Forschung und Lehre und auch terminologisch (und sei es mit dem Zusatz „marxistisch-leninistisch“) aus dem wissenschaftlichen Sprachgebrauch zu tilgen³.

Ungeachtet dieser Veränderungen wurde an dem Humboldt'schen Postulat von der Einheit von Forschung und Lehre festgehalten, wurden die Universitäten also weiterhin als Stätten der Lehre *und* Forschung betrachtet⁴. Zwar wurde in der III. Hochschulreform von 1967 ausdrücklich statuiert, dass sich die Universitäten in erster Linie der Lehre und Ausbildung zu widmen habe. Jedoch scheint die Interpretation, dies machte „den Bruch mit der Humboldt'schen Universitätstradition komplett“⁵, angesichts dessen übertrieben, dass, wie im folgenden Text darzulegen ist, die

² Vgl. Küpper, Mechthild 1993, *Die Humboldt-Universität. Einheitsschmerzen zwischen Abwicklung und Selbstreform*, Rotbuch Verlag Berlin, S. 138

³ Hansgünter Meyer 1995, *Soziologie und soziologische Forschung in der DDR* in: Bernhard Schäfers (Hrsg.), *Soziologie in Deutschland - Entwicklung, Institutionalisierung und Berufsfelder. Theoretische Kontroversen*. Leske + Budrich, Opladen 1995

⁴ Vgl., Buck-Bechtler, Gertraude 1994, *Das Hochschulwesen der DDR Ende der 80er Jahre*, in: Mayntz, Renate (Hrsg.), *Aufbruch und Reform von oben*, Campus: Frankfurt, S. 11.

⁵ So Küpper 1993: 142

Universitäten, zumal die HU, auch nach 1967 eigene Forschungen verfolgten, ja noch verstärkten.

Die strikte Durchsetzung der Parteilinie an den Universitäten wurde dadurch sichergestellt, dass innerhalb des allgemeinen machtpolitischen Organisationsprinzips, wonach die staatliche Organe von einer Parallelstruktur der Partei gelenkt und kontrolliert wurden, auch für die Universitäten eine eigene Kreisparteiorganisation bestand, die direkt der SED-Bezirksleitung und der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED als der Machtvertikale der Partei untergeordnet war.

1.2.2. *Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) – nach 1972 umbenannt in: Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW)*

Die DAW wurde durch SMAD-Befehl Nr. 197 vom 1. Juli 1946 (also bereits ein Jahr nach Kriegsende) wieder eröffnet. Sie sollte sich am Vorbild der sowjetischen Akademie der Wissenschaften umgestaltet, wonach Forschung vorrangig an den außeruniversitären Akademieinstituten stattfinden und die Universitäten sich im wesentlichen auf Lehre und Ausbildung konzentrieren sollen. Die III. Hochschulreform von 1967 zielte, wie erwähnt, - im Verein mit der Akademieform 1968 – darauf, diesen Vorrang außeruniversitärer Forschung zu befestigen.

1.2.3. *Institut für Gesellschaftswissenschaft (IfG) beim ZK der SED, ab 1976 umbenannt in Akademie für Gesellschaftswissenschaften (AfG) beim ZK der SED*

Am 12.12.1951 richtete die SED ein ihrem Zentralkomitee (ZK) unmittelbar unterstelltes *Institut für Gesellschaftswissenschaften* (im folgenden abgekürzt: *IfG des ZK*) als „partei-eigene“ Wissenschaftseinheit ein, die als dritter Forschungsstrang zur herkömmlichen Doppelstruktur von Universitäten/Hochschulen und (staatlicher) Akademie hinzutrat und den Traditions- und Umbruch zu einer im Kern „parteilichen“ Forschung verkörperte. Dadurch, dass den Instituten des *IfG des ZK* eigene Promotions- und Habilitationsrechte (insbesondere zur Ausbildung und Rekrutierung der Führungs- und Nomenklaturkader der SED) eingeräumt wurde, konkurrierten sie insoweit mit der herkömmlichen Ausbildungsfunktion der Universitäten. Nach 1964 wurde die Rolle des IfG, die zentrale („parteiliche“) Steuerung und Kontrolle des gesamten Wissenschafts- und Forschungssystems der DDR auszuüben, institutionell noch verstärkt.

2. 1946-1950: Neuanfang von soziologischer Lehre in der „Neugründung“ der Berliner Universität als einer „einzigen Trümmerstätte“

Nach 1945 wurde die *Friedrich-Wilhelm-Universität* zunächst (in Anknüpfung an den von ihr bis 1828 geführten Namen) *Berliner Universität* genannt, eher sie 1949 in *Humboldt-Universität* umbenannt wurde. Im folgenden Text soll der Kürze halber durchweg von „*HU*“ gesprochen werden.

Die Universität war 1945/1946 „eine einzige Trümmerstätte⁶“ in der kriegszerstörten Innenstadt Berlins, als sie – aufgrund des „Befehls“ (*prikaz*) no.4 der *SMAD* vom 8.1.1946⁷ - am 29.1.1946 durch einen Festakt in der Staatsoper feierlich „neueröffnet wurde⁸. Der Lehrbetrieb wurde sogleich an mehreren Fakultäten aufgenommen.

Zwar war die „Neueröffnung“ der Universität von Anfang an unverkennbar von der Absicht der Sowjetischen Besatzungsmacht und der KPD bzw. SED bestimmt, sie als wesentlichen Bestandteil einer gesamtpolitischen stalinistischen Umgestaltung ihres Herrschaftsbereichs zu nutzen. Jedoch vermitteln die Vorlesungsverzeichnisse der Wirtschaftswissenschaftlichen und der Philosophischen Fakultät der HU in ersten sechs Semestern (WS 1946-47 bis SS 1950)⁹ ein erstaunlich wissenschaftspluralistisches, ja „bürgerliches“ Bild. Dies mag den Aufbauwirren, aber auch der Absicht der Besatzungsmacht geschuldet gewesen sein, durch Signale hochschulpolitischer Toleranz ins Exil vertriebene Wissenschaftler zur Rückkehr nach Berlin zu ermutigen oder verbliebene qualifizierte Wissenschaftler von der Abwanderung „in den Westen“ abzuhalten.

So wurden in den ersten sechs Semestern Vorlesungen angeboten: für „Hörer aller Fakultäten“ von *Alfred Meusel* und *Ernst Niekisch*; an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät von *Gottfried Eisermann*, *Ernst Schellenberg* sowie (in den ersten sechs Semester allerdings nur einmal) *Jürgen Kuczynsk*, an der Philosophischen Fakultät von (in den ersten drei Semester auffallend häufig) *Alfred Vierkandt* sowie *Richard Thurnwald*, *Alfred Meusel* und *Heinz Maus*

⁶ Paul Wandel in der Festrede zur Neueröffnung der Universität am 29.1.1946

⁷ „Über die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes an der Universität Berlin“

⁸ Vgl. Küpper 1993: 138 f.

⁹ Für eine Zusammenstellung der an der Philosophischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der HU zwischen 1946 und 1951 tätigen Dozenten und ihrer Vorlesungen siehe Steiner, Helmut 2006, *Gesellschaftsanalyse und Ideengeschichte aus biographischer Perspektive*, WZP Paper P 2006-008, S. 45 ff. sowie Steiner, Helmut 1988, *Zur Soziologie des Neubeginns nach 1945 in der SBZ*. in: *Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik*, 1988

Unter diesen finden sich – mit dem Soziologen *Alfred Vierkandt*¹⁰, dem Ethnologen *Richard Thurnwald*¹¹ und dem Nationalökonom und Soziologen *Gottfried Eisermann*¹² - Angehörige des früheren Lehrkörpers der Friedrich-Wilhelm-Universität ebenso wie Wissenschaftler, die, aus dem „westlichen“ Exil zurückgekehrt (so der marxistische Wirtschaftswissenschaftler und –historiker *Jürgen Kuczynski*¹³ und der Historiker *Alfred Meusel*¹⁴) oder aus der NS-Haft befreit worden waren (so *Ernst Niekisch*¹⁵). Ferner sind der „linke“ Soziologe *Heinz Maus*¹⁶ und der (sozialdemokratische) Sozialpolitiker *Ernst Schellenberg*¹⁷ zu nennen.

Allerdings zeigte sich nach wenigen Semestern ein tiefgreifender Wechsel im Lehrpersonal¹⁸, in dem sich die politischen Turbulenzen der Universität in den späten 1940er Jahren widerspiegeln. Diese fanden ihren dramatischen Ausdruck und Ausbruch darin, dass Professoren und Studenten der HU, um sich der wachsenden politischen Repression durch die kommunistischen Machthaber zu entziehen, die Universität verließen und dass – auch vor dem Hinter-

¹⁰ *Alfred Vierkandt* (1867-1953), Professor an der FWU bis 1933, dann Vorlesungsverbot durch das NS-Regime, nahm 1946 (als 78-jähriger) seine Lehrtätigkeit (bis 1948) wieder auf. Vgl. auch Wollmann, Hellmut 2010, Soziologie an der Berliner Universität – zwischen Kaiserreich, Weimarer Republik und NS-Regime, in: vom Bruch, Rüdiger/ Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.), 200 Jahre Universität unter den Linden, Bd.6

¹¹ *Richard Thurnwald* (1914-1954), seit 1926 (a.o.) Professor an für Ethnologie an der FWU, nach 1933 NS-Sympathisant, nach 1946 Lehrtätigkeit an HU, 1948 Wechsel an FU. Vgl. auch Wollmann 2010

¹² *Gottfried Eisermann* (geb. 1918, lebt in Bonn). Studium der Nationalökonomie an FWU, hier Promotion im Februar 1945, 1946 Lehrauftrag an HU, 1948 Wechsel an Uni Heidelberg, dort 1956 habilitiert.

¹³ *Jürgen Kuczynski* (1904-1997), 1922-1924 Studium der Philosophie, Finanzwissenschaften in Berlin, Erlangen, Heidelberg, 1925 Promotion, 1930 KPD-Mitglied, 1936 Emigration nach Großbritannien, 1946 SED-Mitglied, 1946-1956 (ord.) Prof. an der HU, Gründer und Leiter des dortigen Instituts für Wirtschaftsgeschichte, zeitweise Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, 1949-1956 Abgeordneter der Volkskammer, 1955 ord. Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften, 1957-59 Revisionismuskorruption (vgl. Müller-Enbergs, Helmut/ Wielgohs, Jan/ Hoffmann, Dieter (Hrsg.) 2000, Wer war wer in der DDR?, Ch. Links Verlag Berlin, S. 484

¹⁴ *Alfred Meusel* (1896-1960), 1925 (o.) Professor für Soziologie an der RWTH Aachen, Verhaftung durch NS-Regime, 1934 Emigration nach Großbritannien, fand 1937 über Jürgen Kuczynski Anschluss an Exilorganisation der KPD, 1946 Rückkehr nach Berlin, 1947 (o.) Professor für Neuere Geschichte an HU, 1951 Gründungsdirektor des Instituts für deutsche Geschichte an der HU. „Alfred Meusel war der erste marxistisch-leninistische Historiker überhaupt, der in Deutschland als Historiker eine Universitätsprofessur erhielt. Er galt bis in die späten 1950er Jahre als einer der wissenschaftspolitisch einflussreichsten Historiker in der DDR“ (Müller-Enbergs u.a. 2000: 574).

¹⁵ *Ernst Niekisch* (1889-1967) war 1922-1926 SPD-Abgeordneter im Bayerischen Landtag, danach Redakteur, als Nationalbolschewist geltend, Widerstand gegen das NS-Regime, 1939 Verurteilung durch den Volksgerichtshof zu lebenslanger Haft. 1945 Befreiung durch die Rote Armee. 1945 Mitglied der KPD, Nach der Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 Bruch mit der SED (vgl. Müller-Enbergs u.a. 2000: 624).

¹⁶ *Heinz Maus* (1911-1978), 1941 Promotion. in Kiel, Verhaftung unter NS-Regime, 1949/51 Assistent von Ernst Niekisch und Dozent für Gesellschaftswissenschaften an HU, 1951-53 Assistent am Institut für Sozialforschung in Frankfurt/Main

¹⁷ *Ernst Schellenberg* (1907-1984), 1929-1933 Studium an der Friedrich-Wilhelm-Universität, an dieser Anfang 1933 Promotion (Dr. rer. pol.), nach 1945 Stellv. Abteilungsleiter für Sozialwesen im Magistrat von Groß-Berlin, 1947 a.o. Professor als Direktor des Instituts für Sozialpolitik und Versicherungswesen an der HU (1946-48), seit 1948 SPD-Mitglied, 1952-1976 Mitglied des Bundestages als Berliner Abgeordneter, Initiator der Rentenreform 1957

¹⁸ Der (hochbetagte) Soziologe *Vierkandt*, ein akademisches „Urgestein“ der Berliner Universität, stellte nach drei Semestern seine Lehrtätigkeit endgültig ein, *Thurnwald* wechselte 1948 an die aus- und neugegründete Freie Universität im Westteil der Stadt, *Eisermann* und *Maus* gingen nach Heidelberg bzw. Frankfurt/Main.

grund der Berliner Blockade und des sich verschärfenden „Kalten Krieges“ zwischen den Siegermächten – Anfang November 1948 die „Freie Universität“ in Berlin-Dahlem gegründet wurde und am 15.11.1948 ihren Lehrbetrieb aufnahm.¹⁹

3. Soziologie an der Humboldt-Universität, 1950er Jahre: Marxistisch-leninistische Dogmatisierung der Lehre

Mit der II. Hochschulreform von 1951 vollzog sich auch an der HU ein tiefer Einschnitt in der einschlägigen akademischen Lehre. Deren Verpflichtung auf die Doktrin des Marxismus-Leninismus und die ideologische Verbannung von „Soziologie“ wurden insbesondere von *Robert Naumann*²⁰ vorangetrieben, der 1951 zum *Professor für Politische Ökonomie* an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät berufen, zugleich zum Direktor des *Instituts für Politische Ökonomie* an dieser Fakultät ernannt und außerdem zum Prorektor für Gesellschaftswissenschaften (also für alle Fakultäten außer den naturwissenschaftlichen und der medizinischen zuständig) bestimmt wurde. Seine Machtposition wurde noch dadurch befestigt, dass er 1954 (bis 1963) Mitglied des ZK der SED wurde. *Naumann* war in den 1920er Jahren von der KPD nach Moskau zur Ausbildung und Parteiarbeit entsandt worden, hatte die Stalin'schen Säuberungen der 1930er Jahre überlebt und kehrte 1950 nach fast 25-jährigem Aufenthalt in der Sowjetunion nach Berlin zurück. Vor diesem ideologischen, politischen und biographischen Hintergrund setzte er seine mehreren Funktionen und Machtpositionen vehement dafür ein, die Leitlinien des Marxismus-Leninismus Stalin'scher Provenienz im Aufbau der Forschung und Lehre an der HU zu verwirklichen und deren Einhaltung zu kontrollieren. Gegenüber dem im Stalin'schen Moskau jahrzehntelang sozialisierten und dogmatisierten *Naumann* vertrat *Jürgen Kuczynski*, der die Jahre nach 1933 im „West-Exil“, insbesondere in London, verbracht, hierbei wesentlich andere Lebens- und wissenschaftliche Prägungen erfahren hatte und außerdem ein international überragendes wissenschaftlichen Profil besaß, in vielem ideologisch wie theoretisch flexiblere Positionen. Durch das Neben- und Gegeneinander zweier so unterschiedlich sozialisierter und auch wissenschaftlich höchst unterschiedlich begabter Hauptakteure war die frühe Aufbauphase der wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlichen Lehre und Forschung an der HU von erheblichen konzeptionellen und ideologischen Spannungen geprägt, in denen sich *Kuczynski* mehr als einmal dem

¹⁹ Vgl. etwa Schlicht, Uwe 1998, Freie Universität Berlin, Nicolaische Verlagsbuchhandlung.; Lönnendonker, Siegwand 1988, Freie Universität Berlin, Duncker & Humblot

²⁰ *Robert Naumann* (1899-1978), seit 1920 in Moskau, seit 1920 Mitglied der Kommunistischen Partei Russlands, 1926 Dozent an KUNMS (Kommunistische Universität des Westens) in Moskau, 1950 Übersiedlung in die DDR, sei 1950 SED-Mitglied, 1951 Prof. für Politische Ökonomie + Direktor des Inst. für Pol. Ökonomie an der HU, 1951 Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, 1954-1963, Mitglied des ZK der SED, 1963 emeritiert (vgl. Müller- Enbergs u.a.,2000: 612

(politisch wie existenziell gefährlichen) Vorwurf des „Revisionismus“ und anderer „Abweichungen“ ausgesetzt sah.

4. Die Zeit nach 1956: Ansätze soziologischer Forschung „von unten“ im Kontext der „Entstalinisierung“

Die „Entstalinisierung“, die *Nikita Chruschtschow* 1956 auf dem 20. Parteitag der KPdSU einleitete, löste in der Sowjetunion ein die ideologischen Fesseln des Marxismus-Leninismus lockerndes „Tauwetter“ aus, dank dessen „eine geradezu euphorische Soziologie-Entwicklung in der Sowjetunion“²¹ einsetzte. Im Gegensatz zu den meisten andern Ostblock-Ländern, die ebenfalls vom ideologischen „Tauwetter“ erfasst wurden, hielt die SED (zunächst) an den starren Dogmen des Marxismus-Leninismus und nicht zuletzt auch an der konzeptionellen und terminologischen Tabuisierung der Soziologie fest.

In die ideologisch blockierte Diskussion um die Anerkennung und Nutzung einer einzelwissenschaftlich ausgerichteten Soziologie (neben, wenn auch in Übereinstimmung mit dem ML) brachte *Jürgen Kuczynski* dadurch Bewegung, dass er 1957 in der maßgeblichen sowjetrussischen Philosophie- (und Ideologie-)Zeitschrift *Fragen der Philosophie (Voprosy Filosofii)* einen Aufsatz platzierte²². In diesem postulierte er die Existenz von „soziologischen Gesetzen“ (*sotsiologicheskie zakony*), die einzelwissenschaftlich (sprich: von der Soziologie) untersucht werden können, ohne in das dogmatische System des Marxismus-Leninismus integriert zu sein; damit stellte er ein Kerndogma des herrschenden Marxismus-Leninismus in Frage²³. Die Kontroverse, die er damit (auf listenreichem Umweg) in die DDR gewissermaßen importierte, gab der Diskussion um die Soziologie in der DDR Auftrieb.

An der HU regten sich erste Ansätze empirischer soziologischer Forschung zum einen an der *Philosophischen Fakultät*, wo der Philosoph *Hermann Scheler* studentische Arbeiten insbesondere zu agrarsoziologischen Fragestellungen anregte, darunter *Erich Hahn*²⁴, der 1961 mit einer

²¹ Steiner 2006: 23

²² Ehe sich Kuczynski dazu entschloss, das Thema in den *Voprosy Filosofii* zu platzieren, hatte er versucht, Walter Ulbricht in einem persönlichen Gespräch von der Wünschbarkeit und Notwendigkeit zu überzeugen, soziologische Forschung in der DDR zuzulassen. Ulbricht hatte dies mit dem Hinweis auf von ihm befürchtete „Sicherheitsrisiken“ abgelehnt, vgl. Meyer 2005

²³ vgl. Meyer 2005

²⁴ *Erich Hahn* (geb. 1930) zunächst Studium der Geschichte und Philosophie an der HU, 1961 Promotion an HU, dann 1966-71 Lehrstuhl für marxistisch-leninistische Soziologie am IfG des ZK und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rats für soziologische Forschung. 1971-1990 Direktor des Instituts für ML Philosophie an IfG und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rats für ML Philosophie (vgl. Müller-Enbergs u.a. 2000: 304

agrarsociologischen Arbeit promovierte (und in der weiteren theoretischen und ideologischen Orientierung der Soziologie der DDR eine bestimmende Rolle spielen sollte).

Zum andern kamen empirische Arbeiten an der *Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät* in Gang, wo *Kurt Braunreuther*²⁵, nach Studium, Promotion und Habilitation an der HU, 1960 zum Professor für Politische Ökonomie berufen und zum stellvertretender bzw. kommissarischen Leiter des *Instituts für politische Ökonomie* an der *Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät* ernannt wurde. Er bot Vorlesungen zur Geschichte der ökonomischen Lehren sowie Soziologiegeschichte an. „Die Studenten waren fasziniert und liefen in Scharen in seine Vorlesungen“²⁶. Um ihn sammelte sich ein Kreis an empirisch-soziologischen Untersuchungsansätzen interessierter Studenten und Doktoranden, unter ihnen *Helmut Steiner*²⁷, der sein Assistent und engster Mitarbeiter wurde.

Auch in anderen Lehrgebieten der HU zeigten sich in den späten 1950er Jahren soziologische Untersuchungsansätze, etwa in der Gruppe von Agrarsociologen um *Kurt Krambach*. Desgleichen ist auf medizinsoziologische Arbeiten an der *Charité* der HU zu verweisen.

1961 bildete sich in Berlin eine *Forschungsgemeinschaft Soziologie und Gesellschaft*, (unter *Braunreuthers* Vorsitz) sowie eine *Soziologische Kommission der Humboldt-Universität*, die über Tagungen eine wachsende Anzahl von Forschungsergebnissen diskutierte, publizierte und verbreitete. Solche Tagungen fanden zunächst 1962 in Prieos und 1963 in Berlin und dann 1964 in Merseburg statt. „Das *Merseburger Treffen* - schon eher eine repräsentative Konferenz - hatte einen großen, DDR-weiten Zulauf und war auch dadurch bedeutsam geworden, weil sie zu einer ersten offenen ideologischen Konfrontation zwischen den neuen Leuten, als deren führende

²⁵ *Kurt Braunreuther* (1913-1975), 1947-1951 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der HU, seit 1946 SED-Mitglied, nach 1951 Assistent am *Inst. für Pol. Ökonomie* der dortigen Wirtschaftswissenschaftl. Fak., 1955 Promotion, 1960 Prof. + stellvertret. bzw. kommissarischer Direktor des *Inst. für Politische Ökonomie* der HU, 1963 Leiter der Arbeitsgruppe Soziologie am Inst. für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW), Ord. Mitglied der DAW, Mitglied des Wissenschaftlichen Rats für soziologische Forschung, Versetzung als Funktion der Gewerkschaft Wissenschaft an der DAW (vgl. Müller-Enbergs u.a., 2000: 108

²⁶ Meyer, Hansgünter 2009, Nachruf auf Helmut Steiner, in: Sozialismus, 2009, Heft 3, S. 57

²⁷ *Helmut Steiner* (1936-2009), 1955-1960 Studium der Politischen Ökonomie an der HU, 1960 Assistent (bei Braunreuther), 1964 Mitglied der von Braunreuther geleiteten Arbeitsgruppe Soziologie am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie (DAW), 1962 Promotion, 1969-70 Forschungsaufenthalt in Moskau, 1970 Institut für Theorie und Organisation der Wissenschaft (IWTO) der Akademie (DAW). Für weitere biographische Daten vgl. Meyer, Hansgünter 2007, Laudatio :für Helmut Steiner zum 70. Geburtstag, in: Genov, Nicolai/ Kreckel, Reinhard (Hrsg.), Soziologische Zeitgeschichte. Helmut Steiner zum 70. Geburtstag, Sigma: Berlin, S.12-28; ferner Meyer 2009: 57-58

Köpfe *Kurt Braunreuther*, *Helmut Steiner* und *Manfred Lötsch* auftraten, und den mit der Einhaltung einer dogmatischen Linie beauftragten Funktionären führte“.²⁸

In dieser Phase kam den Soziologen zustatten, dass sich die DDR-Regierung massiv um internationale Anerkennung bemühte und den DDR-Soziologen die Gelegenheit eröffnet wurde, sich international zu profilieren. 1956 nahmen Vertreter der DDR als Beobachter am II. Weltkongress der *International Sociological Association* (ISA) in Amsterdam teil, 1963 wurden sie als „nationale Vertretung der Soziologen in der DDR“ in die ISA aufgenommen²⁹ Danach nahmen sie regelmäßig an allen Weltkongressen der ISA mit eigener Delegation und wissenschaftlichen Beiträgen teil.

Insgesamt bietet die sich in den späten 1950er Jahren an den Hochschulen der DDR, insbesondere an der HU, entfaltende soziologische Forschung das Beispiel eines universitären „Eigenwuchses“, der umso bemerkenswerter ist, als es in dieser Phase nach wie vor die rigide Parteilinien der SED war, die „Soziologie“ als „bürgerlich“ zu verpönen.

5. Die 1960er Jahre Partei-offizielle Anerkennung und Förderung einer (marxistisch-leninistischen) Soziologie als Instrument der Modernisierungspolitik der SED

In den 1960er Jahren erhielt die Entwicklung der Soziologie mehrere Anstöße.

Zum einen vollzog die SED in ihrer Einschätzung der Soziologie eine geradezu radikale Wendung, indem sie (mit bezeichnender Verspätung gegenüber der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern) die Soziologie - im Zusammenhang mit dem vom VI. Parteitag (21./22.1.1963) beschlossenen *Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft* (NÖSPL) – als ein Instrument ihrer Modernisierungspolitik „entdeckte“. In dem von der SED 1963 beschlossenen Programm wurden die Gesellschaftswissenschaften nunmehr explizit dazu aufgefordert, „verstärkt soziologische Forschungen zu betreiben“³⁰. Hierbei gewannen Kybernetik und Systemtheorie einen hohen Stellenwert, für die *Walter Ulbricht* ein persönliches Faible zeigte³¹ und die in der DDR in dem (1953 bis 1958 an der HU lehrenden) Philosophen *Georg*

²⁸ Vgl. Meyer 1995; Meyer 2005

²⁹ vgl. Etrich, Frank/ Lohr Karin 1993, Soziologie und Industriesoziologie in der DDR- eine kritische Bilanz, in: Schmidt,Rudi (Hrg.), Zwischenbilanz, Akademie-Verlag Berlin, S 40.

³⁰ Zitiert nach Etrich Frank 1992, Soziologie in der DDR, in: Berliner Zeitschrift für Soziologie, 1992, S. 455

³¹ . *Walter Ulbricht* formulierte 1964 „Wir brauchen eine echte wissenschaftliche Untersuchung der soziologischen Entwicklung, der Veränderung des Bewusstseins der Bevölkerung... Es ist notwendig, dass sich die Par-

Klaus³² einen international bekannten Vertreter hatte. Die Modernisierungspolitik der SED geriet in eine regelrechte „Wissenschaftseuphorie“³³.

Zwar leitete die SED gegen Ende der 1960er Jahre erneut eine wirtschaftspolitische und ideologische (durch die Ablösung von *Walter Ulbricht* 1971 dramatisch sichtbar gemachte) Kursänderung ein – wiederum im verspäteten Einklang mit der Sowjetunion -, indem die 1963 mit der NÖSPL eingeführten Elemente einer („kybernetischen“) Selbststeuerung nunmehr als „subjektivistisch“ gebranntmarkt und rückgängig gemacht wurden³⁴. Jedoch hielt die SED daran fest, soziologische Forschung – bei verstärkter Steuerung und Kontrolle – für ihre Wirtschafts- und Modernisierungspolitik nutzen zu wollen.

Der 1963/1964 eingeschlagene Kurs, soziologische Forschung verstärkt als Vehikel der Modernisierungspolitik zu nutzen, ging Hand in Hand mit der wissenschaftspolitischen und – strukturellen Entscheidung, nunmehr verstärkt auf soziologische Forschung insbesondere an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, also an der Akademie und am („partei eigenen“) IfS (beim ZK) zu setzen.

Die Ausdehnung der Forschungsförderung wurde zum einen begleitet von der Zentralisierung der Forschungsplanung. So beschloss das ZK 1964 ein *Zentrales Programm der soziologischen Forschung* und einen 5-Jahres-Plan (1966-1970), in dem Vorgaben für die IfG-, Akademie- und Hochschulforschung gemacht wurden³⁵ und der in folgenden 5-Jahres-Perioden fortgeschrieben wurde³⁶.

Zum andern wurden für die verschiedenen Forschungsbereiche, u.a. für soziologische Forschung, *Wissenschaftliche Räte* eingerichtet, in die die Direktoren bzw. Leiter der relevanter soziologischen Forschungseinrichtungen aus Akademie und Hochschulen in den Rat berufen wurden und die der Koordination und auch ideologischen Abstimmung dienten. Ein entscheidendes zentrales Steuerungs- und Kontrollmittel aus der Sicht der SED bildete die Regelung, dass der Vorsitz der einzelnen Räte in Personalunion mit der Position eines Direktors am „partei eigenen“ IfG verbunden wurde und damit eine entsprechende forschungs- und machtpolitische Verklammerung letzt-

teilungen Soziologen und Fachleute zur Hilfe holen, die imstande sind, diese Probleme zu bearbeiten“ (zitiert nach Ettrich 1992: 458).

³² *Georg Klaus* (1912-1974), 1912-1974), 1953-1958 Professor für Logik und Erkenntnistheorie an der HU, 1958-74 Professor an der Akademie der Wissenschaften, seit 1962 Leiter des dortigen Zentralinstituts für Kybernetik, s. Müller-Enbergs u.a. 2000: 430

³³ Ettrich 1992: 458)

³⁴ vgl. Ettrich/Lohr 1993: 51

³⁵ für Details siehe. Ettrich/Lohr 1993: 44

³⁶ Einzelheiten bei Ettrich/Lohr 1993: 54

lich mit der SED-Führung sichergestellt wurde. Dies galt auch für den *Wissenschaftlichen Rat für soziologische Forschung*³⁷.

Diese in der Forschungspolitik und –förderung der frühen 1960er Jahre vorgesehene Überge-
wichtung der außeruniversitärer zulasten universitärer Forschung wurde in der III. Hochschulre-
form von 1967 und der Akademiereform von 1968 wissenschaftspolitisch und –strukturell weiter
festgeschrieben. Allerdings scheint, wie weiter vorn bereits argumentiert wurde, die Interpretatin
als überzogen, die III. Hochschulreform machte „den Bruch mit der Humboldt’schen Universi-
tätstradition komplett“³⁸. Zwar ist durchaus zutreffen, dass die Hochschulforschung gegenüber
den außeruniversitären Forschungseinrichtungen finanziell und personell deutlich, teilweise
eklatant ins Hintertreffen geraten ist. Jedoch konnte sie sich – wie im folgenden zu zeigen ist – in
sozusagen „guter Humboldt-Tradition“ durchaus behaupten und sichtbar machen.

5.1. Humboldt-Universität

1963 wechselten *Kurt Braunreuther* und seine Mitarbeiter (insbesondere *Helmut Steiner*) von
der HU an die DAW – in offenkundigem Zusammenhang mit dem politisch beabsichtigten Aus-
bau der Forschungskapazität der letzteren.

Indessen wurde zur gleichen Zeit die soziologische Forschung an der HU institutionell dadurch
gestärkt, dass an *Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät* der HU 1964 eine von *Manfred*
Puschmann geleitete *Abteilung Industriesoziologie* und 1968 auch an der *Philosophischen Fakul-*
tät eine von *Dieter Dohnke* geleitete soziologische Forschungsgruppe gebildet wurden. Aller-
dings sich in der soziologischen Forschung an der HU über Jahre ein „eigenartiges Schisma“³⁹
zwischen den beiden, zumal an verschiedenen Standorten untergebrachten, Forschungsgruppen
aus, die erstere vorrangig empirisch (industriesoziologisch) und die letztere eher theoretisch-
ideologisch (d.h. marxistisch-leninistisch) orientiert. Erst 1979 wurde diese Trennung durch die
Zusammenführung der beiden Gruppen im (nunmehr vom Soziologen *Georg Assmann* geleite-
ten) *Institut für Marxistisch-Leninistische Soziologie* organisatorisch überwunden und wurden
damit die institutionellen Voraussetzungen für die weitere Entwicklung und Konsolidierung des
soziologischen Forschungspotentials an der HU verbessert.

³⁷ Auffälligerweise ohne den üblichen Zusatz „marxistisch-leninistisch“

³⁸ Küpper 1993: 142

³⁹ Meyer 2005: 22

1965 wurde der Wirtschaftswissenschaftler *Dieter Klein*⁴⁰ (nach Studium, Promotion und Habilitation an der HU) 1965 zum Professor Politische Ökonomie berufen und zum Direktor des *Instituts für Politische Ökonomie* berufen. 1977 (bis 1990) wurde er *Prorektor der HU für Gesellschaftswissenschaften* (mit einer Zuständigkeit für alle Fächer außerhalb der Naturwissenschaften) ernannt. In diesen mehreren Funktionen hat er (bis 1990) hat *Klein* die weitere Entwicklung der Soziologie wie den Reformkurs der Universität in den späten 1980er Jahren insgesamt maßgeblich beeinflusst.

Ungeachtet der nunmehr parteioffiziellen Anerkennung und Förderung der Soziologie wurde die soziologische *Lehre* an der HU (wie an anderen Hochschulen der DDR) erst in den späten 1960er Jahren –und dies nur schrittweise – eingeführt. Dies geschah zunächst (1968) als postgraduales Zusatzstudium für Wissenschaftler, die, vielfach schon promoviert, in der Praxis tätig waren und sodann als Hauptfachausbildung (als Diplom-Ökonom bzw. Diplom-Philosoph „in der Fachrichtung Soziologie“). Schließlich wurde 1975 an der HU (gleichzeitig mit den Universitäten Leipzig und Halle) eine förmlicher Diplomstudiengang Soziologie eingerichtet⁴¹. Allerdings waren DDR-weit nur 40 bis 60 Studierende pro Studienjahr zu dem Diplomstudiengang zugelassen, von denen 20 bis 25 auf die HU entfielen. (Allerdings ist hervorzuheben, dass eine Kohorte von 20 bis 25 Soziologie-Studenten, gemessen an der Gesamtzahl der 11.500 Studenten der HU⁴², eine verschwindende Minderheit bildet. In dem von der SED zugelassenen minimalen Zuschnitt des Soziologie-Studiums ist ihr nachhaltiges ideologisch-politischen Misstrauen gegen „alles Soziologische“ zu erkennen).

5.2. DAW = Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, ab 1972 AdW = Akademie der Wissenschaften der DDR

Der Wechsel *Kurt Braunreuthers* von der HU an die Akademie war, wie erwähnt, unverkennbar darauf gemünzt, hier das soziologische Forschungspotenzial zu stärken. Er wurde 1963 Leiter der am Akademie- *Institut für Wirtschaftswissenschaften* gebildeten *Arbeitsgruppe Soziologie*⁴³ sowie nach bemerkenswerter kurzer Zeit (1964) Ordentliches Mitglied der Akademie. Mit *Hel-*

⁴⁰ Dieter Klein (geb. 1931), 1951-1954 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der HU, 1954 SED-Mitglied, 1961 Promotion, 1964 Habilitation, 1965 Professor für politische Ökonomie und (bis 1977) Direktor des Instituts für politische Ökonomie an der HU, ab 1978 (bis 1990) Prorektor der HU für Gesellschaftswissenschaften (vgl. Müller-Enbergs u.a., 2000: 432)

⁴¹ für Einzelheiten vgl. Lohr, Karin 1990, Ausbildung und Einsatz von Soziologen in der DDR. Stand und Perspektiven, in: Sozialwissenschaften + Berufspraxis, vol. 13, Heft 3

⁴² Vgl. Küpper 1993: 142. Danach hatte die HU 1970 11.472 Studenten

⁴³ vgl. Meyer 1994: 3

mit Steiner, der zusammen mit Braunreuther von der HU kam, dem Soziologen Hansgünter Meyer⁴⁴, der vorher an der Universität Greifswald tätig war, und dem Soziologen Manfred Lötsch⁴⁵, der, nach Studium an der HU und zuletzt Assistent an der Bergbauakademie Freiberg, wegen eines Konflikts mit der dortigen SED zur „Bewährung“ vorübergehend als Betriebssoziologe im Kohlenbergbau eingesetzt worden war, versammelte die Braunreuther-Gruppe einige der besten Nachwuchswissenschaftler der DDR-Soziologie.

Allerdings geriet Braunreuther 1969 „in einen ideologischen Hinterhalt“⁴⁶, in dessen Folge er seiner Forschungsfunktionen entkleidet und (forschungsfern) in den Kreisvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft an der DAW abgeschoben wurde. Die Arbeitsgruppe Soziologie wurde durch Eingliederung in das (von Manfred Buhr geleitete, ideologisch rigide und als solches gefürchtete) Zentralinstitut für Philosophie der Akademie⁴⁷ eingegliedert und nach vierjährigen internen Auseinandersetzungen praktisch aufgelöst.

Erst 1978 erhielt die soziologische Forschung an der Akademie mit dem Institut für Sozialpolitik und Soziologie (ISS) wieder eine eigene organisatorische Basis. Zum Leiter des ISS wurde Gunnar Winkler⁴⁸ bestimmt, der, von der Gewerkschaftshochschule Bernau kommend und bislang eher als Sozialpolitiker denn als Soziologe hervorgetreten. Unter seiner Leitung erwies sich das ISS (bis 1990) als bemerkenswert produktiv und publizistisch wirksam⁴⁹.

5.3. IfG = Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED ab 1976: AfG = Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED

⁴⁴ Hansgünter Meyer (geb. 1929), 1953-1958 Fernstudium der Geschichtswissenschaften Uni Leipzig, 1960 Assistent am Philosophischen Institut der Uni Greifswald, 1965 Soziolog.. Abteilung am Inst. für Wirtschaftswissenschaften der DAW, 1969 gemeinsame (mit M. Lötsch) Habil. an HU (SED-Verbot der Publikation), 1970 Mitglied des Wiss. Rats für soziologische Forschung, 1973 Prof. für Soziologie an DAW, vgl. Müller-Enbergs u.a. 2000: 577, sowie Meyer, Hansgünter 1996, Die Entdeckung der Soziologie, in: Fleck, Christian (Hrsg.), Wege zur Soziologie nach 1945, Biographische Notizen, Leske + Budrich Opladen, S. 263-291

⁴⁵ Manfred Lötsch (1936-1993), 1956-1960 Studium der Volkswirtschaftslehre an der HU, 1958 SED-Mitglied, 1963 Promotion., 1966 Konflikte mit der SED-Parteileitung, anschliessend „Bewährung“ als Betriebssoziologe im Braunkohlenwerk, 1968 Wiss. Mitarbeiter an der soziologischen Abteilung am Institut für Wirtschaftswissenschaften an der DAW, 1969 gemeinsame Habil. mit Hansgünter Meyer (1971 SED-Verbot der Publikation, 1969 Versetzung an das IfG des ZK, 1979 Professor an IfG, Mitglied des Wissenschafts Rats für soziologische Forschung, März 1989 schwerer Herzinfarkt vgl. Müller-Enbergs u.a. 2000: 538. s. auch Thomas, Michael 1993, Nekrolog auf Manfred Lötsch, in: Berliner Zeitschrift für Soziologie, Heft 3, S.. 237-238

⁴⁶ Meyer 1994: 7

⁴⁷ Zu dem das AfG-Zentralinstitut für Philosophie kennzeichnet dogmatisch-repressiven Klima vgl. Vgl. H-Ch. Rauh, Hrsg.: Gefesselter Widerspruch – Die Affäre um Peter Ruben, Dietz Verlag Berlin. 1991. Für den Umgang der Institutsleitung mit dem der Abteilung Soziologie war die Argumentation bezeichnend, dass „Soziologie überhaupt keine Wissenschaft, sondern russisches Volkstümlertum des 19. Jahrhunderts“ sei (so Hansgünter Meyer in Mitteilung an den Verf.).

⁴⁸ Gunnar Winkler (geb. 1931), für biographische Daten s. Müller-Enbergs u.a., 2000, S. 920

⁴⁹ Zu den Forschungserträgen des ISS siehe u.a die vom ihm herausgegebenen (zehn) Jahrbücher für Soziologie und Sozialpolitik

Dem IfS war, wie erwähnt, eine zentrale Steuerungs- und auch Kontrollfunktion über die gesamte soziologische Forschung (wie auch andere Forschungsfelder) dadurch zugewiesen, dass der Vorsitz des einschlägigen *Wissenschaftlichen Rat* (hier: für soziologische Forschung) in Personalunion mit einer Institutsleiter- oder Direktorenposition am IfG verknüpft wurde. In dieser Personalunion wurde der Vorsitz des Wissenschaftlichen Rats für soziologische Forschung zunächst (1964 bis 1970) von *Horst Taubert*, dann (1970-1971) von *Erich Hahn*⁵⁰ und schließlich (1971 bis 1990) von *Rudi Weidig*⁵¹, der zugleich Prof. für marxistisch-leninistische Soziologie am IfG war, wahrgenommen. Für die Dauer von 20 Jahren (bis 1990) hatte *Rudi Weidig* damit bestimmenden (nicht zuletzt auch ideologisch reglementierenden) Einfluss auf die Entwicklung der Soziologie.

Im Zuge des programmatischen Ausbaues der Forschungsressourcen auch und gerade der „partei eigenen“ soziologischen Forschung wurde 1964 eine *Abteilung für Soziologie* (unter der Leitung von *Horst Taubert*) eingerichtet. Eine nachhaltige personelle Verstärkung kam mit *Manfred Lötsch*, der 1969 (im Zusammenhang mit der erwähnten „Strafabschiebung“ von *Braunreuther* und der Auflösung seiner Gruppe) von der Akademie (DAW) an das IfG versetzt wurde (vermutlich weil die SED ihn hier besser unter parteinaher Kontrolle zu haben erwartete). Bis zu seiner schweren Erkrankung im Jahr 1989 am IfG tätig, erwies sich *Lötsch* als einer innovativsten und produktivsten Sozialwissenschaftler der DDR⁵².

6. Fortgesetzte Repression des SED-Regimes

Die Expansion der soziologischen Forschungsförderung und Forschung vollzog sich vor dem Hintergrund und unter dem Eindruck fortgesetzter und sich zeitweise noch verschärfender ideologischer Einschüchterung und Repression.

So forcierte die SED auf ihrem 11. ZK Plenum vom 11./12. Dezember 1965 ihren kulturpolitischen Kurs, indem „modernistische“ und „liberalistische“ Strömungen in der aktuellen DDR-Literatur kritisiert und u.a. *Wolf Biermann*, *Heiner Müller*, *Stephan Heym* und *Volker Braun* namentlich angeprangert zahlreiche Buchproduktionen verboten wurden, was sich wie Mehltau auf das gesamte intellektuelle und publizistische Klima legen musste.

Bezeichnend für die Entschlossenheit der SED, gegen Kritiker gegebenenfalls mit aller Härte vorzugehen, waren die Sanktionen, die sie gegen den seit 1946 an der HU wirkenden Naturwis-

⁵⁰ Vgl. oben Fussnote 20

⁵¹ *Rudi Weidig* (geb. 1931), für biographische Skizze vgl. Müller- Enbergs u.a. 2000. 897

⁵² Vgl. Thomas 1993

senschaftler *Robert Havemann*⁵³ ergriff. KPD-Mitglied seit 1932, SED-Mitglied seit 1951, Professor für Chemie an der HU seit 1946, Mitglied der Akademie seit 1961, trat *Robert Havemann* seit den frühen 1960er Jahren immer vernehmlicher als Kritiker des SED-Systems hervor, ohne seine kommunistische Grundüberzeugung und seine Loyalität zur DDR in Zweifel zu ziehen. 1963/1964 hielt *Havemann* an der HU eine stark besuchte Vorlesungsreihe, die 1964 in der Bundesrepublik unter dem Titel *Dialektik ohne Dogma* veröffentlicht wurde. Die SED reagierte mit Parteiausschluss, fristloser Entlassung durch die HU (samt Hausverbot) sowie Entlassung durch die Akademie (samt Hausverbot). In der Folgezeit wurde *Havemann* zeitweise unter Hausarrest gestellt und wurde bis zu seinem Tod (1982) überwacht.

Die Entschlossenheit der SED, Ansätze einer kritischen gesellschaftswissenschaftlichen Analyse der Macht- und Einflusstrukturen in ihrem Herrschaftssystem zu unterbinden, verdeutlichte auch das Schicksal von *Heinz Kallabis*, der in den späten 1960er Jahren an der *Hochschule der Gewerkschaft* in Bernau die Absicht verfolgte, politische Strukturen der DDR, insbesondere im gewerkschaftlich-politischen Feld, zum Gegenstand empirisch-soziologischer Untersuchungen zu machen. Wegen angeblicher Sympathien mit den tschechoslowakischen Reformen wurde *Kallabis* 1969 aus der Leitung der Gewerkschaftshochschule entfernt und mit lebenslangem Publikationsverbot belegt⁵⁴.

Schließlich sei an *Rudolf Bahro*⁵⁵ erinnert, der, nachdem im August 1977 Auszüge eines systemkritischen Buchmanuskripts⁵⁶ („Die Alternative“) im SPIEGEL vorabgedruckt worden waren, verhaftet und im Juni 1978 vom Stadtgericht Berlin wegen „Übermittlung von Nachrichten für eine ausländische Macht und Geheimnisverrat“ zu acht Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde. 1979 wurde er – aus Anlass des 30. Jahrestags der DDR (sic!) – aus dem Gefängnis in die Bundesrepublik entlassen.

⁵³ *Robert Havemann* (1910-1982), 1919-1933 Studium der Chemie in München und Friedrich-Wilhelm-Uni in Berlin, 1932 KPD-Mitglied, 1943 Verhaftung durch Gestapo, von Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, Aufschubung der Vollstreckung des Todesurteils, Einrichtung eines Labors im Zuchthaus wegen „kriegswichtiger Forschungen“, 1945 Befreiung durch Rote Armee, 1946 Professur an HU, Mitglied der Volkskammer 1949-1963, 1951 SED-Mitglied, 1957-62 Prodekan der Mathemath.-Naturwissenschaftl. Fakultät der HU, Korr. Mitglied der DAW, 1963 Vorlesungsreihe an HU „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ hierbei Kritik an SED-Regime, Mai 1964 Veröffentlichung in Bundesrepublik unter Titel „Dialektik ohne Dogma“, *Havemann* wird aus SED ausgeschlossen, aus HU-Professur entlassen, HU-Hausverbot, 1965 Entlassung aus DAW und Hausverbot. In Folgezeit zeitweise Hausarrest. Vgl. auch Müller-Enbergs u.a. 2000: 320.

⁵⁴ vgl. Meyer 1994: 10

⁵⁵ *Rudolf Bahro* (1935-1997), 1954-1959 Studium der Philosophie an der HU, 1973-76 Arbeit am Ms. „Die Alternative“. Im August 1977 Vorabdruck in Auszügen im SPIEGEL. Im Juni 1978 Verurteilung zu 8 Jahren Freiheitsentzug „wegen Übermittlung von Nachrichten für eine ausländische Macht und Geheimnisverrat“, 1979 Entlassung in die Bundesrepublik, 1989 Rückkehr in die DDR, 1990 (a.o.) Professor für Sozialökologie an der HU

⁵⁶ „Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus“

Ein Exempel ihrer repressiven Zensur statuierte die SED-Wissenschaftsbürokratie 1971 an *Hansgünter Meyer* und *Manfred Lötsch*, als die Veröffentlichung der von ihnen an der HU vorgelegten gemeinsamen organisationssoziologischen Habilitationsschrift, obgleich im Habilitationsverfahren an der HU erfolgreich verteidigt und bereits gedruckt, in letzter Minute durch Parteiintervention verhindert und „geschreddet“ wurde⁵⁷.

7. Die 1980er Jahre: Soziologie im Zeichen ideologischer Liberalisierung und der politisch-ökonomischen Systemkrise der DDR

7.1. „Perestroika“ in der DDR

Im Laufe der 1980er Jahre veränderten sich die politischen, ökonomischen und ideologischen Rahmenbedingungen für soziologische Forschung erneut. Zum einen zeigten die von *Michail Gorbatschow* in der UdSSR in den mittleren 1980er Jahren angestoßenen Reformen (*perestroika*) auch in der DDR zunehmend Wirkung, obgleich die SED-Führung sich bis zuletzt dagegen abzuschotten suchte. Gleichzeitig trug die SED indessen selber zu einer ideologischen Lockerung und Pluralisierung u.a. dadurch bei, dass sie sich seit Mitte der 1980er Jahre mit der SPD in einen „Dialog“ einließ. Auf Seiten der SED lag die Federführung für den „Dialog“ institutionell bei der AfG (nunmehr ZK-Akademie für Gesellschaftswissenschaften) und wurde inhaltlich vor allem von deren Rektor *Otto Reinhold*⁵⁸, und von *Rolf Reissig*⁵⁹, seit 1981 Professor am IfG AfG, getragen. Als Ergebnis des SED/SPD- Dialogs wurde im August 1987 ein Papier *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit* vorgelegt, das in der DDR vor allem dadurch innenpolitisch und ideologisch wirksam wurde, dass es von den DDR-Medien unzensiert veröffentlicht wurde⁶⁰ und zu einem ideologischen Klimawandel beitrug.

7.2. Soziologie an der Humboldt-Universität –80er Jahre

Das 1979 gebildete *Institut für Marxistisch-Leninistische Soziologie*“ der HU trat in den mittleren 1980er Jahren in eine Reformphase ein. Diese wurde wesentlich von dem Bildungssoziologen *Artur Meier*⁶¹ vorangetrieben, der 1986 zum Professor an der HU berufen und zum Leiter

⁵⁷ Offenkundig wurde die Arbeit von maßgeblichen Parteikreisen als nicht publizierbar betrachtet, weil sie sich auf kybernetische Systemtheorie und auf Ulbricht-Zitate stützte, was beides nach dem Sturz von Ulbricht nicht mehr opportun und tolerable schien. vgl. Meyer 2005: 34.

⁵⁸ *Otto Reinhold* (geb. 1925), für biographische Daten vgl. Müller-Enbergs u.a. 2000: 691

⁵⁹ *Rolf Reißig* (geb. 1927), für biographische Daten s. Müller-Enbergs u.a. 2000: 692

⁶⁰ Vgl. Rolf Reissig 2002, *Dialog durch die Mauer*, Campus: Frankfurt/Main-New York,

⁶¹ *Artur Meier* (geb. 1932), 1954-1990 SED-Mitglied, 1959-54 Aspirantur an HU, 1964 Promotion an HU, ab 1966 Zusatzstudium an HU, 1970 Habil., 1970 Leiter der Abteilung „Soziologie des Bildungswesens“ an der Akademie für Pädagogische Wissenschaften, 1986 ord. Professur für Soziologie an der HU und Direktor des dortigen Instituts für (M.L-) Soziologie, 1986-1990 Vizepräsident der International Sociological Association, (vgl. Müller-Enbergs u.a. 2000: 565, sowie Meier, Artur 1996, *Verspäteter Einlass*, in: Fleck 1996: 353-368

des *Instituts (IfS)* bestimmt wurde, nachdem er zwischen 1970 und 1986 als Leiter der Abteilung „Soziologie des Bildungswesens“ an der *Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW)*⁶² tätig gewesen war. Die von ihm eingeleiteten Reformschritte zielten insbesondere auf eine verstärkte soziologisch-fachdisziplinäre Professionalisierung der am Institut tätigen Wissenschaftler/innen und eine weitere Öffnung für internationale Diskussion und Austausch. Für diese konnte er die vielfältigen internationalen Wissenschaftskontakte einbringen, über die er (u.a. durch seine mehrjährige Funktion als Vizepräsident der *International Sociological Association*) verfügte⁶³. „Dabei kamen dem Institut seine unabhängige Stellung gegenüber den anderen Sektionen der HU, vor allem auch der *Sektion Marxismus-Leninismus*, sowie seine Förderung und der politisch-ideologische Schutz durch den Prorektor *Dieter Klein* zugute. Der Status des Instituts glich in der Universität dem einer selbständigen Sektion und unterschied sich dadurch auch von allen anderen soziologischen Einrichtungen an den anderen Universitäten und Hochschulen der DDR.“⁶⁴.

Bis Ende der 1980er Jahre erhöhte sich die Zahl der promovierten (und zum Teil habilitierten bzw. B-promovierten) wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen auf 22⁶⁵. Ungeachtet der vorrangigen finanziellen und forschungspolitischen Förderung, die insbesondere das Soziologie-Institut des AfG des ZK und das *Institut für Soziologie und Sozialpolitik, ISS*, der Akademie im Verlauf der 1980er Jahre in der SED-Forschungspolitik genossen, erwies sich das *Institut für ML-Soziologie* der HU aufgrund seiner konsolidierten institutionellen und personellen Basis als bemerkenswert leistungsfähig.⁶⁶

Mit Unterstützung von Prorektor *Dieter Klein* wurde 1987 am *Institut für ML- Soziologie* ein Experiment eingeleitet, in dem die bestehende Zweiteilung des Soziologiestudiums (in ein auf

⁶² Die APW existierte selbständig ausserhalb der Gesamtstruktur der Akademie der Wissenschaften (DAW) und war dem von *Margot Honnecker* geleiteten DDR-Ministerium für Volksbildung zugeordnet.

⁶³ Artur Meier war seit dem Weltkongress in Mexiko (1982) Repräsentant der DDR-Soziologen im Exekutiv-Komitee der ISA und wurde auf dem XI. Kongress der ISA in Neu Delhi (1986) zum Vizepräsident gewählt. In dieser Funktion war er Programmdirektor für den ISA-Weltkongress in Madrid (1990) (Vgl. Meyer 1995: 46). S.46)

⁶⁴ Artur Meier in einer schriftlichen Mitteilung an den Verf.

⁶⁵ An ihm wirkten u.a Thomas Edeling, Frank Ettrich, Holger Michaelis, Karin Lohr, Wolfgang Kühnel und sowie Hildegard Maria Nickel. Die beiden letzteren waren bis 1986 Mitarbeiter/in von Artur Meier an der APW und folgten ihm 1986 an die HU

⁶⁶ Vgl. Meyer 1994:6: „sehr erfolgreich“. Vgl. die Einschätzung in: Neidhardt, Friedhelm 1997, „In bin nicht sicher, ob alle Entscheidungen richtig waren“, Typoskript eines mit F. Neidhardt geführten Interviews, November 1997: „Ich gewann mit meinen Kölner Kollegen (Renate Mayntz und Erwin Scheuch) den Eindruck, dass (Artur Meier) mit einer Reihe von Mitarbeitern seines Instituts an der Humboldt-Universität nach Kräften bestrebt war, eine professionelle empirische Sozialforschung nach den Regeln der klassischen Soziologie zu betreiben“.

Marxismus-Leninismus basiertes viersemestriges Grundlagenstudium und ein soziologiebezogenes Hauptstudium) aufgelöst und ab dem ersten Semester Soziologie gelehrt und studiert wurde. Allerdings reduzierte das DDR-Ministerium 1989 die Gesamtzahl der DDR-weit zum Soziologie-Studium zugelassenen Studierenden von bislang 40 auf 24 – mit dem offenkundigen politischen Ziel einer „Verminderung des kritischen Potentials der Gesellschaftswissenschaften im allgemeinen und der Soziologie im besonderen“⁶⁷. Im Unterschied dazu wurden z.B. fast alle berliner geschichtswissenschaftlichen Fachrichtungen personell bedeutend ausgebaut.

In den späten 1980er wurde – auf Initiative und mit wesentlicher Mitwirkung von Prorektor *Dieter Klein* – der Aufbau einer multidisziplinären Friedensforschung an der HU begonnen und der Austausch von Vorlesungszyklen mit dem (von *Egon Bahr* geleiteten) *Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik* eingeleitet – gegen Bedenken aus dem SED-Politbüro⁶⁸. Außerdem wurde – mit seiner Unterstützung – ein interdisziplinäres Forschungsprojekt *Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus*⁶⁹ begonnen, an dem u.a. *Michael Brie*⁷⁰, *Rainer Land*⁷¹, *Dieter Segert* und *Rosemarie Will* mitwirkten^{72, 73}. 1988 erregte Klein mit dem Buch „Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus“ Aufsehen, in dem er dem SED-Dogma vom „aggressiven Wesen des Kapitalismus“ widersprach.

7.3. Disziplinäre Konsolidierung

In der Spät- und Schlussphase der DDR vermehrten und verdichteten sich die Schritte, die auf eine disziplinäre Konsolidierung der DDR-Soziologie gerichtet waren⁷⁴.

- Anknüpfend an in den Jahren 1969, 1974, 1980 und 1985 organisierte Kongresse der DDR-Soziologen fand im Februar 1990 (also zwischen Fall der Mauer und „Beitritt“ der DDR) der auch in der westdeutschen Fachöffentlichkeit stark beachtete 5. (und letzte) Kongress statt.

⁶⁷ Lohr 1990..

⁶⁸ vgl. Müller-Enbergs u.a. 2000: 432

⁶⁹ Vgl. Brie, Michael/ Land, Rainer/ Petsch, Hannelore/Segert, Diester/ Will, Rosemarie 1989, Studie zur Gesellschaftsstrategie, Dietz Verlag Berlin

⁷⁰ *Michael Brie* (geb. 1954), für biographische Daten vgl. Müller-Enbergs u.a. 2000: 113

⁷¹ *Rainer Land*, (geb. 1952), für biographische Daten vgl. Müller- Enbergs u.a. 2000: 498

⁷² Vgl. Segert 1991, Politische Visionen im Zerfallprozess der DDR – das Beispiel des Sozialismusprojekts, Ms.

⁷³ Für weitere nachweise vgl. Lehbruch, Gerhard 1995, Die Politikwissenschaft und die deutsche Vereinigung. Eine Fallstudie zum ostdeutschen Transformationsprozess, in: Lehbruch, Gerhard (Hrsg.), Einigung und Zerfall, Opladen: Leske + Budrich Lehbruch 1995: 15, siehe zuletzt auch Segert, Dieter 2008, Das 41. Jahr., Böhlaus Verlag:

⁷⁴ vgl. Meyer 1994: 5

- Auf ihm wurde die Gründung einer *Gesellschaft für Soziologie der DDR* beschlossen, deren Vorsitzender *Hansgünter Meyer* bis zu ihrer Selbstauflösung Anfang 1993 war.
- Nachdem in der Vergangenheit zahlreiche Versuche, eine eigene soziologische Zeitschrift zu begründen, regelmäßig zurückgewiesen worden waren, wurde 1989/1990 schliesslich das *Berliner Journal für soziologische Forschung* ins Leben gerufen, deren Gründungsherausgeber *Manfred Lötsch, Artur Meier, Hansgünter Meyer, Peter Vogt* und *Herbert Wolf* waren. (Die Zeitschrift wurde ab 1992 unter personell veränderten Herausgeberschaft am neugebildeten Institut für Sozialwissenschaft der HU weitergeführt).

8. Politikwissenschaft in der DDR?

Während sich das SED Regime ab den 1960er Jahren bereit war, empirische *soziologische* Forschung - unter steuernden und kontrollierenden (gegebenenfalls durchaus repressiven) Kautelen - als modernisierungs- und entwicklungs- und damit systemdienliche Informationsbeschaffung zu akzeptieren und zu fördern, zeigte es sich bis zum Ende entschlossen, die Entwicklung *politikwissenschaftlicher* Forschung nicht zu dulden. Hierin befand sich das SED-Regime – wiederum – in auffälligem Rückstand zur Sowjetunion, wo seit den 1960er Jahren die empirische Erforschung des Staates, der politischen Parteien und Massenorganisationen, etwa der Gewerkschaften und des Komsomol, als Gegenstände marxistischer Gesellschaftswissenschaften, sprich: Politikwissenschaft schrittweise anerkannt worden waren⁷⁵. Wie die Beispiele von *Kallabis*, *Bahro* und auch *Havemann* verdeutlichten, reagierte die SED mit aller Härte auf Analyseansätze zur empirischen Durchdringung und Aufhellung von Macht- und Herrschaftsstrukturen des „real-existierenden Sozialismus“..

Erst in den späten 1980er Jahren wurden von DDR-Wissenschaftlern erste Schritte unternommen, Anschluss an die in der Gorbatschow'schen UdSSR und anderen sozialistischen Ländern, insbesondere Polen, längst verfolgten politikwissenschaftlichen Forschungsansätze und –fragen zu gewinnen. Als sich DDR-Wissenschaftler ab 1988 Themen der Friedensforschung oder des Vergleichs „westlicher/kapitalistischer“ Systeme zuwandten⁷⁶, so handelte es sich um Fragestellungen, die dem SED-Regime ideologisch und politisch als ungefährlich erscheinen konnten,

⁷⁵ Vgl. Lehmbruch 1995: 329-376

⁷⁶ Vgl. insbesondere die von Karl-Heinz Röder (in den Jahr 1980 ff) herausgegebenen Ländermonographien, z.B. Das politische System der USA, 1980. Staatsverlag der DDR: Berlin, vgl. ausführliche Nachweise bei Lehmbruch 1995

zumal die politikwissenschaftlichen Analyse des eigenen Herrschaftssystems weiterhin ausgeblendet blieb. Bezeichnenderweise wurden 1987/88 der von *Rolf Reißig* unternommene Vorstoss, das am IfG/AfG des ZK befindliche *Institut für Wissenschaftlichen Sozialismus*, dem er seit 1981 als Professor angehörte und das er ab 1985 leitete, in ein *Institut für Politikwissenschaft* umzuprofilieren und eine eigene Disziplin der Politikwissenschaft in der DDR aufzubauen, von der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED mit der Begründung zurückgewiesen, dass „die DDR keine gesonderte Politikwissenschaft benötige“^{77, 78}.

9. Versuch einer Bilanz

Zur Entwicklung der Soziologie in der DDR nach 1950 ist zunächst an jene „Merkwürdigkeit“ (Hansgünter Meyer) zu erinnern, dass soziologische Untersuchungsansätze in den mittleren 1950er Jahren in der DDR an den Universitäten „von unten“ Wurzeln schlugen, obwohl die SED die Soziologie bis in die frühen 1960er Jahre mit ihrem ideologischen Bann belegte. In dieser Wiederbelebung der Soziologie „von unten“ spielten die HU und hierbei insbesondere der Wirtschaftswissenschaftler *Kurt Braunreuther* eine Pilotrolle. Die in dieser frühen Phase durch Studium, Promotion und/oder Habilitation an der HU soziologisch ausgebildeten und sozialisierten Nachwuchswissenschaftler (u.a. *Dieter Klein, Helmut Steiner, Manfred Lötsch, Erich Hahn, Manfred Puschmann, Georg Aßmann, Horst Berger, Thomas Edeling, Holger Michaelis, Karin Lohr, Frank Ettrich u.a.*) haben die weitere Entwicklung der Soziologie in und außerhalb der HU wesentlich beeinflusst und mitgestaltet.

Zwar hat die SED, nachdem sie seit den mittleren 1960er Jahren Soziologie als Vehikel ihrer Modernisierungspolitik „entdeckt“ hatte, in ihrer Wissenschaft- und Forschungspolitik verstärkt die außeruniversitäre Forschung, insbesondere am „parteieigenen“ *IfS beim ZK* ausbauen, woraus sich, zumindest numerisch gesehen, eine krasse Asymmetrie in der Verteilung der personellen und finanziellen Forschungsressourcen zugunsten der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und zulasten der universitären ergab.

Jedoch kann am Beispiel des *Instituts für ML-Soziologie* der HU gezeigt werden, dass, obgleich sich dieses mit (am Ende der 1980er Jahre) 22 Wissenschaftlern im Vergleich zu den (auf rund

⁷⁷ Vgl. Müller-Enbergs u.a. 2000: 693

⁷⁸ Zu der Kontroverse über die Frage, ob es in der DDR Ansätze einer politikwissenschaftlichen Forschung gegeben habe, vgl. Lehbruch 1994: 15 ff. mit Nachweisen, ferner differenziert bejahend Berg, Frank/ Möller, Bärbel/ Reißig, Rolf 1992, Pro und contra politikwissenschaftliche Forschung in der DDR, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 2, S. 11. Die Frage modifiziert bejahend etwa: Segert, Dieter 1991, Die langen Schatten der Vergangenheit. Warum es in der DDR doch eine Politologie gab, in: Giesen, Gernd/ Leggewie, Claus (Hrsg.) 1991, Sozialwissenschaften vis-à-vis: Ein sozialer Großversuch, Rotbuch Verlag Berlin, S. 111-122, zuletzt Segert 2008

1.000 veranschlagten⁷⁹) außeruniversitären Gesellschaftswissenschaftlern (jedoch zumeist Historiker) in einer geradezu verschwindenden Minderheit befand, seine Angehörigen ein beachtlichen Leistungs- und Publikationsprofil entwickelt hatten⁸⁰. Dies ist nicht zuletzt daran ablesbar, dass sich viele von ihnen nach 1990 in den öffentlichen Ausschreibungen und Besetzungsverfahren um Professuren und andere Wissenschaftlerstellen an ost- und westdeutschen Hochschulen erfolgreich durchsetzen konnten. Auch der Wissenschaftsrat hatte wichtige Teams (z.B. die Gruppe um *Horst Berger*) positiv evaluiert und ihre Förderung unterstützt.

Die Forschungen, die die Soziologen in der DDR bis 1990 – außeruniversitär wie universitär – geleistet haben, sind im nationalen und internationalen Vergleich durchaus beachtlich. Die Breite der Forschungsfelder kann an dieser Stelle nur beispielhaft angedeutet werden⁸¹. Hierzu zählen in Sonderheit die *Sozialstrukturforschung* (insbesondere am *IfG beim ZK*⁸² und am *Akademie-Institut für Soziologie und Sozialpolitik*), die *Jugendforschung* (am *Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung*)⁸³, die *Bildungssoziologie* (an der *Akademie der Pädagogischen Wissenschaften*)⁸⁴ sowie die *Wissenschaftsforschung* (an der *Akademie*)⁸⁵, aber auch *Medizinsoziologie* (an der *Charité*)^{86, 87}.

Nach 1990 erwies sich die angemessene Erfassung, Interpretation und die (für das berufliche und wissenschaftliche Überleben vielfach entscheidende) sog. Evaluierung der individuellen Forschungsleistungen zum Teil als dadurch erschwert, dass das SED-Regime in einer geradezu pathologischen Geheimhaltungspraxis soziologische Forschungsergebnisse und –berichte vielfach allenfalls in einer streng nummerierten Zahl von Exemplaren für den parteiinternen Gebrauch, wenn überhaupt, verfügbar machte und ansonsten in den „Panzerschrank“ wegschloss (oder aber

⁷⁹ vgl. Kreckel 1994.

⁸⁰

⁸¹ Vgl. hierzu insbesondere die sehr informative und dichte Übersicht bei Meyer 1994 mit zahlreichen Verweisen

⁸² wo insbesondere *Martin Lötsch* bis zu seiner schweren Erkrankung 1989 die führende Rolle spielte, vgl. Thoma 1993

⁸³ Vgl. Starke, Kurt 1991, Zentralinstitut für Jugendforschung – es war einmal, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Heft 2, S. 287 ff.

⁸⁴ insbesondere die Arbeiten von Artur Meier . vgl. hierzu auch Neidhardt 1997: „Ergebnisse seiner Bildungsforschung erschienen uns schon damals (d.h. vor der Wende, H.W.) außerordentlich interessant“.

⁸⁵ Insbesondere die Arbeiten von Helmut Steiner und Hansgünter Meyer

⁸⁶ Zuletzt unter Günther Miehlke

⁸⁷ Für eine informative und reichlich dokumentierte Übersicht über den Forschungsstand der Soziologie in der DDR vgl. vgl. die beiden von Bernhard Schäfers (deutsch und englisch) herausgegebenen DGS-Bände *Eine brauchbare Übersicht veröffentliche als Hrsg. Bernhard Schäfers in den beiden DGS-Bänden, dtsh. u. engl.: „Edited on occasion of the XIIIth World Congress of Sociology and on behalf of the Committee of the Deutsche Gesellschaft für Soziologie“*, Leske&Budrich 1994, S. 45ff.

von vornherein unterband und unterdrücke)⁸⁸ und diese mithin für eine nationale wie internationale wissenschaftliche Diskussion und „peer review“ nur eingeschränkt zugänglich waren.

Insgesamt konnten und mussten sich der politische Imperativ der „Parteilichkeit“ von Forschung und die allgegenwärtige Kontrolle und Zensur durch die SED auf den Forschungs- und Erkenntnisprozess einschränkend und beschneidend auswirken: Während in „freier“, der Wahrheitsfindung verpflichteter Forschung (jedenfalls *idealiter*) die autonome Selbstbestimmung von Gegenstand, Fragestellung, theoretischem Ansatz und Methoden konstitutiv ist, ist eine Situation, in der sich der einzelne Forscher zur „Parteilichkeit“ angehalten weiss und er sich möglicher (gegebenenfalls existenzbedrohender) Sanktionen für den Fall des Ungehorsam zu gewärtigen hat, so sein Erkenntnisinteresse deformiert sein kann, sei es, dass er die „parteilichen“ Vorgaben bewusst akzeptiert, sei es, dass die repressiven Mechanismen bis zum Punkte einer unbewussten Selbstzensur internalisiert hat. Insgesamt zeigte die soziologische Forschung in der DDR vielfach eine eher instrumentelle Orientierung und Engführung und scheute sich, die Strukturen von Staat, Ökonomie und Gesellschaft der DDR grundsätzlich und kritisch zu thematisieren und zu reflektieren. So blieben die Politik- und Verwaltungsstrukturen des real existierenden Sozialismus durch das Verdikt der SED vom analytischen Bildschirm empirischer und kritisch reflektierender Politikwissenschaft bis zum Schluss verbannt.

10. Zwischen Fall der Mauer (9.11.1989) und Vereinigung („Beitritt“, 3.10.1990): Versuch einer „Selbsterneuerung“ der HU

In der Periode zwischen dem Fall der Mauer (9.11.1989) und der Vereinigung („Beitritt“, 3.10.1990) ergriffen HU-Angehörige sowohl im Gesamtkontext der Universität als auch innerhalb der bisherigen Sektion Marxismus-Leninismus Initiativen und Schritte einer „Selbsterneuerung“, zunächst in der Annahme des Fortbestandes einer „demokratischen“ und „reformierten“

⁸⁸ Ein eindringliches Beispiel für eine aus politisch-dogmatischen Gründen unterdrückte empirische Forschung ist die von Soziologen an der Akademie (DAW) um Hansgünter Meyer und Manfred Lötsch in den 1970er Jahren unternommene Untersuchung zu den personellen und funktionalen Organisations-, Verantwortungs- und Entscheidungsstrukturen und Prozesse in der Doppelhierarchie von Partei- und staatlichen Behörden der Zentralgeleiteten Industrie der DDR. Mit der repräsentativen Erhebungen (mit ca. 14.000 Probanden in mehreren Großbetrieben) waren 40 Wissenschaftler sowie Physiker und Mathematiker zum Datenprozessieren auf 3 IBM und ESER-Großrechnern befasst. Ihre Auswertung fiel schließlich einer ideologisch bedingten Intervention des Zentralinstituts für Philosophie der DAW mit dem Argument zum Opfer, sie sei „gegen den VIII. Parteitag gerichtet“ und „völlig unwissenschaftlich“ (so Hansgünter Meyer in einer schriftlichen Mitteilung an den Verf.).

DDR und dann in Erwartung einer sich abzeichnenden, wenn nicht unmittelbar bevorstehenden Vereinigung mit der Bundesrepublik⁸⁹.

Auf diese Bemühungen und Versuche einer „Selbsterneuerung“ oder „Selbstreform“ kann und soll an dieser Stelle nicht einmal stichwortartig eingegangen werden⁹⁰.

Nur so viel sei an dieser Stelle angemerkt.

An der HU wurde der vom Konzil der HU am 4. April 1990 (also nach der Volkskammerwahl vom 18.3.1990) zum Rektor gewählte Theologe *Heinrich Fink*⁹¹ zu einem engagierten Verfechter einer „Selbsterneuerung“. (Er wurde vom Berliner Wissenschaftsminister Erhardt am 25.11.1991 wegen Stasi-Verdachts fristlos entlassen).

Im Bereich der Gesellschaftswissenschaften kamen mehrere Initiativen und Schritte zur „Selbsterneuerung“ in Gang⁹²

Zum einen hatte das seit 1986 von Bildungssoziologen *Artur Meier* geleitete *Institut für Soziologie* – nicht zuletzt als Ergebnisse der von *Meier* in den späten 1980er Jahren vorangetriebenen Reformen - mit seinem Stamm von 22 Wissenschaftlichen Mitarbeitern/innen einen beachtlichen Grad institutioneller, personeller und professioneller Konsolidierung erreicht. Dieses Profil des Instituts und seiner Mitglieder gab der Wissenschaftssenatorin *Barbara Riedmüller-Seel* (SPD) Veranlassung, dem Institut im November 1990 (am 2.12.1990 wurde der SPD-geführte Senat von einem CDU-geführten abgelöst) eine „Bestandsgarantie“ auszusprechen.

⁸⁹ Diese Periode zerfällt wiederum in die Phase zwischen Runden Tischen/ DDR-Regierung unter *Hans Modrow* und Volkskammerwahl vom 18.3.1990 sowie zwischen Volkskammerwahl/DDR-Regierung unter *Lothar de Maizière* und 3.10.1990.

⁹⁰ Für eine detaillierte politikwissenschaftliche Analyse vgl. Vollrath, Sven 2007, *Zwischen Selbstbestimmung und Intervention. Der Umbau der Humboldt-Universität von 1989 bis 1996*, Phil. Diss. HU. Vollrath war studentisches Mitglied wichtiger universitärer Entscheidungsgremien der HU, u.a. des Senats, und genoss als Mitgestalter des Übergangs große Anerkennung.. Für ein kurzes Profil Vollraths vgl. Küpper 1993: 113 ff. Vgl. auch Neidhardt 1997: 9: Vollrath „erschien mir in diesen Jahren als das professionellste aller Senatsmitglieder“.

⁹¹ Zur Person Finks siehe Küpper 1993:49 ff.

⁹² Für eine skeptische Einschätzung der Fähigkeit der HU zur „Selbsterneuerung“ vgl. Neidhardt, Friedhelm 1994, *Konflikte und Balances. Die Umwelt der Humboldt-Universität zu Berlin 1990-1993*, in: Mayntz, Renate Hrsg. (Hrsg.) 1994: 38 f. vgl. auch Neidhardt 1997: 3 „Ich habe auch bald gemerkt, dass die Akteure an der Humboldt-Universität nur begrenzt handlungsfähig waren und dass im Grunde alle Strategien eingeengt... waren durch die eigenen existenziellen Bedürfnisse – nämlich, was immer auch kommen möge, den eigenen Arbeitsplatz zu halten“.

Zum andern gründete *Dieter Klein* im Februar 1990 ein *Institut für interdisziplinäre Zivilisationsforschung*, das mit Blick auf die künftige Entwicklung als Pendant zum *Institut für Soziologie* verstanden wurde..

Schließlich schritt die *Sektion Marxismus-Leninismus* unter der Leitung von *Heinz Niemann* dazu, in einem schwierigen Prozess der Selbstevaluierungsprozess die Gesamtzahl der ihr zugeordneten Wissenschaftler/innen von 160 auf 16 zu reduzieren, die den Kern einer nunmehr als *Institut für Politikwissenschaft* firmierende Einheit bilden sollten.

Im Frühjahr 1990 begann *Rudolf Bahro*⁹³, in November 1989 in die DDR zurückgekehrt, den Aufbau eines „Instituts für Sozialökologie“ an der HU und zum (a.o.) Professor für Sozialökologie berufen. Er nahm im WS 1990/91 Vorlesungen zu Fragen der ökologischen Krise auf.

11. Umstrukturierung nach dem 4.10.1990 bzw. nach dem 2.12.1990

Mit dem „Beitritt“ der DDR zur Bundesrepublik am 3.10.1990 und der (gesamtberliner) Abgeordnetenhauswahl vom 2.12.1990 änderten sich die verfassungsrechtlichen, landesrechtlichen und politischen Rahmenbedingungen und Spielregeln für eine Neustrukturierung grundlegend. Der SPD/AL Senat (unter dem Regierenden Bürgermeister *Walter Momper* und mit der Wissenschaftssenatorin *Barbara Riedmüller-Seel*) wurden einem CDU-geführten Senat (mit *Eberhard Diepgen* als Regierender Bürgermeister und mit dem aus Baden-Württemberg kommenden Wissenschaftssenator *Manfred Erhard* abgelöst.

Auf den verwickelten weiteren Ablauf der Ereignisse (Beschluss des „neuen“ Berliner Senats vom 22.12.1990, fünf „ideologisch belastete“ Fächer, darunter Wirtschaftswissenschaften und Philosophie abzuwickeln, Klage der Universität gegen „Abwicklungsbeschluss“ zunächst – vor dem Verwaltungsgericht – erfolgreich, dann vor dem Oberverwaltungsgericht abgewiesen usw.) soll und kann hier nicht eingegangen werden⁹⁴.

Es soll genügen festzuhalten, dass – aufgrund des vom Abgeordnetenhaus am 18.7.1991 beschlossenen Gesetzes über Einsetzung von Struktur- und Berufungskommissionen (SBK).- auch für die Sozialwissenschaften eine SBK berufen wurde⁹⁵, deren Vorsitzender als „externes“ Mitglied *Friedhelm Neidhardt* (Präsident des WZB) wurde⁹⁶. In Abweichung von dem an „west-

⁹³ Rudolf Bahro (1936-1997), für biographische Details vgl. oben Fußnote 55

⁹⁴ Vgl. die detaillierte Analyse bei Vollrath 2008

⁹⁵ Für Details vgl. Neidhardt 1994: 45

⁹⁶ Friedhelm Neidhardt war von Wissenschaftssenator Erhardt bereits als Planungsbeauftragter für den gesamten „Umbau“ der Universität berufen worden, bevor er auch Vorsitzender der SPK Sozialwissenschaften wurde. Für

deutschen“ Universitäten gängigen Modell der getrennten Institutionalisierung von Soziologie und Politikwissenschaft und insoweit bemerkenswert zielte die SBK von vornherein auf eine konzeptionelle und institutionelle Integration der beiden Teildisziplinen. Als künftige Grundstruktur des neuen Fachbereichs wurden für Soziologie und Politikwissenschaft je vier sog. Eckprofessuren, in denen die in den Teildisziplinen „klassischen“ Stellenbeschreibungen abgebildet werden sollten, und zwei weitere Professuren vorgesehen..

Der SBK oblag es zum einen, die Wissenschaftler/innen des Instituts für Soziologie, des Instituts für interdisziplinäre Zivilisationsforschung und, soweit verblieben, der Sektion Marxismus-Leninismus einzeln zu „evaluieren“ und ihre Kündigung bzw. Nicht-Kündigung zu empfehlen. Zum andern und vor allem hatte die SBK die Aufgabe die dem künftigen Fachbereich Sozialwissenschaften zugewiesenen Stellen öffentlich auszuschreiben, öffentliche Anhörungen zu veranstalten und Berufungsvorschläge zu beschließen.

Als Ergebnis der Berufungsverfahren wurden 17 der 18 ausgeschriebenen Professuren mit „West-Wissenschaftlern“ und eine mit der „ostdeutschen“ Familien- und Gender-Soziologin *Hildegard Maria Nickel* (seit 1986 Wissenschaftlerin am Institut für ML Soziologie der HU) ⁹⁷ besetzt.

Für eine Reihe von HU-Wissenschaftlern, die zwar auf Grund ihrer Qualifikation für berufungsfähig gehalten wurden, jedoch aufgrund ihres Wissenschaftsprofils auf keine der ausgeschriebenen Stellen „passten“, waren sog. Überhangprofessuren vorgesehen, auf die sie bis zur Erreichung der Altersgrenze zu berufen waren. Auf solche Professuren wurden der Wirtschaftswissenschaftler *Dieter Klein*⁹⁸ (seit 1965 Professor für Politische Ökonomie an der HU, zwischen 1977 und 1990 Prorektor der HU)⁹⁹, der Bildungssoziologe *Artur Meier*¹⁰⁰ (seit 1986 Professor

einen sehr informativen und bemerkenswerten offenen Rückblick auf Verlauf und Probleme der Arbeit der von ihm geleiteten SBK siehe Neidhardt 1997

⁹⁷ für biographische Daten siehe Nickel, Hildegard Maria 2006, Karrierewege in der DDR. Biographische Notiz, in: Vogel, Ulrike (Hrg.), Wege in die Soziologie und die Frauen – und Geschlechterforschung, VS Verlag Wiesbaden, S. 261-273

⁹⁸ Dieter Klein: Professur für ökonomische Grundlagen der Politik, emeritiert 1996. Für biographische Daten siehe oben Fußnote 40

⁹⁹ Um die Berufung von Dieter Klein gab es eine Kontroverse zwischen der SBK, insbesondere ihrem Vorsitzenden Neidhardt, und dem Wissenschaftssenator Erhardt. Während der letztere eine Berufung von Klein aus politischen Gründen (langjährige SED-Mitglied Kleins, zuletzt mehrjähriger Prorektor der HU) ablehnte, waren die Mitglieder der SBK „gemeinsam zur der Ansicht gekommen, dass Dieter Klein nicht nur ein kluger Wissenschaftler, sondern auch ein integrierender Funktionsträger ist. Ich hätte seine Entlassung als ungerecht... gefunden“. Die Ankündigung Neidhardts im Gespräch mit dem Senator: „Wenn Sie den Vorschlag der Struktur- und Berufungskommission zugunsten von Dieter Klein ablehnen, dann werde ich zurücktreten“, bewog diesen dann doch, Dieter Klein zu ernennen (vgl. Neidhardt 1997: 7).

¹⁰⁰ Artur Meier, Professur für Bildungssoziologie, emeritiert 1997. Für weitere bibliographische Daten siehe oben Fußnote 61.

an der HU und zwischen 1986 und 1990 Leiter des Instituts für ML-Soziologie der HU) sowie *Dieter Segert* (bisher an der Sektion für marxistisch-leninistische Philosophie der HU) ¹⁰¹

Des weiteren wurden 20 Wissenschaftliche Mitarbeiterstellen neubesetzt. Diese entfielen etwa hälftig auch ostdeutsche und westdeutsche Wissenschaftler/innen, unter den ersteren insbesondere ehemalige Angehörige des Instituts für Soziologie, beispielsweise *Karin Lohr* .

¹⁰¹ Dieter Segert, Professur für Osteuropa, zunächst für 3 Jahre befristet